

# Kreis-Zeitung

für den Obertaunus-Kreis.

**Erstpreis**  
täglich mit Ausnahme Sonn-  
und Feiertags

**Bezugspreise**  
vierteljährlich 3,50 Mk., frei ins  
Haus gebracht; durch die Post  
bezogen 3 Mk. 25 Pf.

**Wochenkarten**, 25 Pf.  
Einzelnummern kosten  
10 Pf.

Anzeigenpreis

die vierspaltige Garmond-  
zeile oder deren Raum 20  
Pfg.; im Nachdruck die  
Paltzeile 35 Pfg. — Nach  
laß bei ständigen Wiederhol-  
ungen. — Laufende Wohn-  
ungsanzeigen nach Ueberein-  
kunft.

Geschäftsstelle

Sulzenstraße 78, Fernruf 414  
Postfachkonto Nr. 11559  
Frankfurt a. M.

## Die Entscheidung über die National- versammlung.

**B. A.** Die politischen Erörterungen im ganzen Reich drehen sich heute so gut wie ausschließlich um die Frage der Nationalversammlung. Diese Frage ist mehr und mehr zum Scheidepunkt der einander gegenüberstehenden Meinungen geworden. Die vorläufige Regierung Ebert-Haase, die trotz ihres anfänglichen allgemein gehaltenen Versprechens die Einberufung der Nationalversammlung dann hinzuzögern suchte, scheint nunmehr zu der Einsicht gelangt zu sein, daß eine Entscheidung in Deutschland, die nur einigermaßen die Gewähr von Ordnung, Recht und Einigkeit in sich schließen soll, ohne Heranziehung des gesamten Volkes bei der Bestimmung der künftigen Verhältnisse nicht möglich ist, ja daß die Einberufung der Nationalversammlung das einzige Mittel für sie ist, das ihr, der Regierung selbst, Schutz vor der „Diktatur des Böbels“ gewähren kann. Das Wort des Mitgliedes der Regierung Landsberg, daß die gegenwärtige Regierung mit der Nationalversammlung „stehe und falle“, hat allmählich einen Inhalt bekommen, an den Herr Scheidemann wendet heute all seine Rede- und Schreibfähigkeit auf, um den Massen den Gedanken einer möglichst schnellen Einberufung der Nationalversammlung näher zu bringen, und auch die Unabhängigen Sozialdemokraten, die anfangs die Nationalversammlung ablehnten, um besser im Trüben fischen zu können, haben erkannt, daß nur so einer Anarchie und einem Auseinanderfallen Deutschlands vorgebeugt und der Friede erlangt werden kann. Selbst der Vollzugsrat des Arbeiter- und Soldatenrats von Groß-Berlin, der bis vor kurzem der Mittelpunkt für die Gegnerschaft gegen die Einberufung der Nationalversammlung war, ist durch die Arbeiter- und Soldatenrat ein Reich darüber belehrt worden, daß man dort eine „Berliner Diktatur“ in keiner Form anerkennen gewillt sei. Die Erklärung des einen der beiden Vorsitzenden des Groß-Berliner Vollzugsrates, Reich Müller, im Zirkus Busch, der Weg zur Nationalversammlung führe nur „über seine Leiche“, ist rasch zurückgezogen worden. Sogar in Kiel, Bremen und Hamburg, wo zunächst die radikalsten Elemente das Heft in der Hand hatten, hat man jetzt in die Einberufung der allgemeinen Volksvertretung eingewilligt.

Wir verzeichnen diese Wandlung auch von unserem Standpunkte aus mit Befriedigung, denn sie eröffnet dem deutschen Bürgertum wenigstens die Aussicht auf die Möglichkeit, seinen berechtigten Einfluß auf die Gestaltung der Geschichte des Vaterlandes wieder geltend zu machen. Angesichts der Tatsache, daß nunmehr die Notwendigkeit der Einberufung einer allgemeinen Vertretung des deutschen Volkes von allen Seiten mit Ausnahme derer, die mit Absicht auf die Anarchie und die völlige Zerrüttung Deutschlands loszusteuern, anerkannt ist, müssen wir aber immer wieder die Forderung erheben, der Nationalversammlung auch das Recht zuzugestehen, ohne das sie einen Widerspruch in sich darstellen würde, das Recht, souverän über die zukünftige Gestaltung Deutschlands zu entscheiden. Wenn es wahr gemacht werden soll, daß das Wort, das Wort der Mehrheit gelten soll, so darf dieser Entscheidung auch keine Grenze gesetzt, ihrer Geltung auch nicht diese und jene politische Frage entzogen werden. Nicht nur die künftige Verfassung Deutschlands, sondern auch die künftige Staatsform Deutschlands muß der Entscheidung der Nationalversammlung unterliegen. Wir müssen es daher als irreleitend und als eine Fälschung der Tatsachen bezeichnen, wenn der Vollzugsrat der Groß-Berliner Arbeiter- und Soldatenräte, wohl um noch etwas von seinem bisherigen Standpunkte zu retten, in einem Aufruf die Aufgabe der Nationalversammlung dahin einzugehen sucht, daß sie über die „Verfassung und Neuordnung des republikanischen Deutschlands“ das letzte Wort zu sprechen habe. Ob Deutschland republikanisch sein soll oder nicht, hat erst die Nationalversammlung zu entscheiden. Ebenso müssen wir Widerspruch gegen das Unterfangen der gegenwärtigen Regierung erheben, die Zwischenzeit bis zum Zusammentritt der Nationalversammlung zum Erlaß aller möglichen „Verordnungen“ zu benutzen, um dem deutschen Wirtschaftsleben eine ganz bestimmte Richtung zu geben, ihm ein ausgesprochen sozialistisches Gepräge aufzudrücken. In politischer wie in wirtschaftlicher Hinsicht muß die Nationalversammlung frei entscheiden können. Entweder ist sie souverän, oder sie ist es nicht. Ist sie es, dann muß sie es auch nach jeder Richtung hin sein.

## Gegen den Vollzugsrat der Soldaten- räte.

**Berlin, 28. Nov.** Heute nachmittag ist der Groß-Berliner Soldatenrat zu einer Volksversammlung im Reichstag zusammengetreten. Mit seiner Zusammensetzung und der Geschäftsführung herrscht volle Unzufriedenheit, die sich aus dem Flugblatt ergibt, das von Soldatenräten des 3. Armeekorps vor Beginn der Versammlung verteilt wurde und folgendes befragt:

Wie entstand der Vollzugsrat der Soldatenräte? Führerlos geworden, waren wir Kameraden vor die Aufgabe gestellt — wir, die wir einander fremd gegenüberstanden, — aus unserer Mitte binnen wenigen Stunden unsere Vertrauensleute zu wählen. Die wenigsten unter uns waren sich der Bedeutung dieser Wahl bewußt. So war der Vollzugsrat der Soldatenräte ein Zufallsprodukt. Was tat er? Er tagte hinter verschlossenen Türen. Händelte, statt zu handeln, hat uns und unsere hohen Ziele vor Volk und Regierung schmachvoll herabgewürdigt und sich selbst um das ihm freiwillig in reichstem Maße geschenkte Vertrauen gebracht. Was unterließ er? Uns Soldaten eine feste Organisation zu schaffen. Anschluß zu suchen an die Soldatenräte in Nord und Süd, in West und Ost, einen Befehl zu schaffen für in Trümmern gegangene einheitliche Gewalt, zu sorgen für die Sicherung der Obergrenze und die Erhaltung der Werte, die der Zusammenbruch des alten Systems uns übrig ließ. Was hinderte er? Jede planmäßige praktische Arbeit, wie sie ein wenig organisatorisch befähigte Kamerad leisten konnte. Soll es so bleiben? (Arzt. 3tg.)

## Der Vorstoß Eisners.

**München, 28. Nov. (Priv.-Tel.)** Die gestern vom bayerischen Ministerium des Inneren nach Berlin gerichtete Note, die jeden Verkehr mit den gegenwärtigen Vertretern des Auswärtigen Amtes ablehnt, erregt in hiesigen politischen Kreisen Verwunderung und teilweise Bestürzung, da sie, wie aus den Erörterungen der Presse hervorgeht, vielfach als Ausfluß separatistischer, auf die Trennung vom Reich gerichteter Neigungen gedeutet wird. Zu einer solchen Auffassung liegt nach dem Wortlaut der Note nicht der geringste Anlaß vor, denn sie betont ausdrücklich, daß der Schritt veranlaßt sei durch die neuerlichen Versuche, „die alten Methoden des Auswärtigen Amtes fortzusetzen, um das deutsche Volk erneut um die Erkenntnis der Wahrheit zu betrügen“. Einen Kommentar zu dieser Kundgebung, der jedes Mißverständnis ausschließt, bildet obendrein der gleichzeitig und gewiß nicht ganz unbefluchtete Protest des Münchener Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrats gegen die „unerhörte Tatsache, daß noch immer die kompromittiertesten Vertreter des bisherigen Systems, die Herren Erzberger, Solz, David und Scheidemann den entscheidenden Einfluß besonders in der auswärtigen Politik ausüben“. Indem der Münchener Arbeiter- u. Soldatenrat die sofortige Beseitigung dieser Personen verlangt und von dem Berliner Arbeiter- und Soldatenrat fordert, daß er „mit allen Mitteln den Sturz einer Regierung herbeiführe, die weiterhin solchen Personen eine entscheidende Stellung einräumt“, findet die Note des bayerischen Ministeriums des Inneren ihre unzweideutige Erläuterung, und die Offensive, die Ministerpräsident Kurt Eisner auf der Berliner Freistaatenkonferenz gegen die Herren Solz und Erzberger unternommen hat, eine verstärkte Fortsetzung. Eisner steht auf dem Standpunkt, daß keine Vertretung unserer auswärtigen Politik, in der mit irgendwelcher Verantwortung für die bisherige Entwicklung belastete Persönlichkeiten eine Rolle spielen, geeignet sei, dem Deutschen Reich den ersehnten Frieden zu bringen.

## Die Gleichberechtigung aller Volks- genossen.

**Berlin, 29. Nov. (Priv.-Tel.)** Der Parteiausschuß der Sozialdemokratie, der gestern hier zusammentrat, faßte einstimmig folgenden Beschluß: Für die kommende Gleichberechtigung aller Volksgenossen hat die deutsche Sozialdemokratie seit einem halben Jahrhundert gekämpft. Sie erblüht in dem gleichen Wahlrecht aller erwachsenen Männer und Frauen die wichtigste politische Errungenschaft der Revolution und zugleich das Mittel, die kapitalistische Gesellschaftsordnung nach dem Willen des Volkes in planmäßiger Arbeit zur sozialistischen umzuwandeln. Indem die Partei ihre Entschlossenheit ausdrückt, die Errungenschaften der Revolution gegen alle gegenrevolutionären Bestrebungen aufs äußerste zu verteidigen, wendet sie sich aber zugleich mit Entschiedenheit gegen alle, die dem deutschen Volke das Selbstbestimmungsrecht vorenthalten wollen. Es wird im übrigen die schleunigste Einberufung der Nationalversammlung verlangt.

## Zur Vorgeschichte des Krieges.

**Frankfurt a. M., 29. Nov. (Priv.-Tel.)** Der „Frankf. Ztg.“ wird aus München berichtet: Zu der Behauptung des Auswärtigen Amtes, daß die Veröffentlichung der Berichte der bayerischen Gesandtschaft in Berlin auf eine durch Professor F. W. Förster übermittelte Anregung Clemenceaus zurückzuführen sei, sendet Professor Förster den „Münch. Neuesten Nachr.“ folgende Richtigstellung: Gewiß habe ich angeraten, das deutsche Volk über die wahre Vorgeschichte des Krieges aufzuklären. Dieser Rat aber entstammte keiner vom Ausland kommenden Anregung. Vielmehr habe ich stets die Auffassung vertreten, daß die jahrelange Irreführung des deutschen Volkes durch das Berliner Auswärtige Amt die Hauptschuld an der Kriegsverlängerung trage, und daß die moralische Auslösung Deutschlands mit dem Ausland erst dann möglich sei, wenn das deutsche Volk endlich wahrheitsgemäß erfährt, wie dieser Krieg entstanden und geführt worden

ist. Um eine solche Auffassung zu vertreten, braucht man keine Anregung von Clemenceau, sondern nur ein wenig alte deutsche Wahrheitsliebe. Gewiß hatte ich Ausdrachen mit Ententevertretern. Einen Rat in bezug auf deutsche Fragen aber habe ich dabei weder erbeten noch empfangen, wohl aber zeigten mir jene Ausdrachen, daß man drüben an eine wirkliche Erneuerung Deutschlands noch nicht glauben will. Das deutsche Volk, so sagt man, habe sich nur institutionell, aber noch nicht moralisch gewandelt. Es ist darum zweifellos, daß das deutsche Volk allein durch die volle Erkenntnis dessen, was geschehen ist, die richtige klare Stellung zu der erschütternden Erfahrung der jetzigen Stunde finden kann. Wenn nun das Berliner Auswärtige Amt meint, daß solche Aufklärung im gegenwärtigen Augenblick unterbleiben sollte, so zeigt das leider, daß die dort maßgebenden Männer noch immer nicht den unheiligen Irrtum abgetan haben, als müsse man um der Feinde willen dem deutschen Volke die Wahrheit vorenthalten. Als ob das Ausland nicht längst über alle jene Dinge genau informiert wäre, und als ob nicht gerade das freie Bekenntnis der Schuld dem Ausland allein die Bürgschaft gebe, daß wir uns ehrlich von dem bösen Geist losagen wollen, der uns in diesen Krieg getrieben hat.

Die „Münchener Neuesten Nachrichten“ beginnen mit dem Abdruck einer Erörterung von Prof. Luidde über die Enthüllungen zur Schuldfrage.

Luidde betont einleitend, daß ihm diese aus dem Zusammenhang gerissenen Enthüllungen zur gegenwärtigen Zeit ein grober Unfug zu sein schienen, geeignet, das uns bedrohende Unheil noch zu steigern. Jetzt, wo die Männer des alten Systems entfernt seien, oder leicht entfernt werden könnten, sei der Zweck, der die Enthüllungen rechtfertigen könnte, fortgefallen. Andererseits könnten die Veröffentlichungen jetzt nur beitragen, die Erbitterung gegen Deutschland zu steigern, die Friedensverhandlungen zu erschweren und die Friedensbedingungen zu verschärfen. Man dürfe nicht glauben, daß unsere Gegner zwischen den verantwortlichen Leitern der deutschen Politik und dem deutschen Volke unterscheiden, oder unser Schuldbekenntnis ihren Haß entlasten würde. Die Enthüllungen seien mit dem Vorwurf der Einseitigkeit behaftet. Es falle den feindlichen Machthabern nicht ein, ihre Archive zu öffnen. Der Kriegswille in eigentlichem Sinne habe, soweit sich bisher erkennen lasse, viel eher bei gewissen einflussreichen Persönlichkeiten auf russischer und französischer Seite geherrscht. Der Unterschied sei nur der, daß die deutsche Schuld mit ein paar Dokumenten klar zu erweisen sei, während die Verschuldung der Gegenseite viel komplizierter und tiefer unter der Oberfläche liegt, womit aber nicht gesagt sei, daß sie geringer zu sein brauche.

## Das Schicksal des früheren Kaisers.

Die Entente fordert die Internierung.

**Paris, 27. Nov. (W. B.)** Meldung der Agence Havas. „Echo de Paris“ meldet aus London: In Beantwortung von Anfragen der Entente, welche die Internierung des Kaisers in seiner Eigenschaft als Oberbefehlshaber der deutschen Armee fordern, hält die holländische Regierung an ihrer Auffassung fest, nach welcher der Kaiser, nachdem er abgedankt habe, nicht mehr als Glied der Armee angesehen und demgemäß auch nicht interniert werden könne. Sie versichert, von dem Staatssekretär Dr. Soli eine Note erhalten zu haben, welche die Abhandlung mitteilt. Die holländische Regierung füge hinzu, sie überzeuge den Kaiser streng, der das holländische Gebiet nicht verlassen könne. „Matin“ erfährt aus London, daß die Alliierten die hinsichtlich des Kaisers zu treffenden Maßnahmen sehr sorgfältig prüften, aber die Lage werde als heikel angesehen. Die holländische Auffassung sei, daß Personen deren Auslieferung in Betracht komme, nicht ausgeliefert werden könnten ohne die Zustimmung des Landes, deren Untertanen sie seien. Wie dem auch sei, die Anwesenheit des Kaisers in Holland verstoße die holländische Regierung in eine heisse Lage, da der Kaiser nicht offiziell abgedankt habe und einen flagranten Mißbrauch der holländischen Gastfreundschaft begehe. Dies verstoße die Alliierten in eine viel leichtere Lage gegenüber der holländischen Regierung. Man hoffe, daß Holland seine Auffassungen ändern werde, denn wenn die deutsche Regierung sich weigere, in die Auslieferung des Kaisers zu willigen, so könne man nicht sagen, was für eine Wendung die Dinge nehmen würden.

**London, 26. Nov. (W. B.)** Reuter. „Evening Standard“ erfährt aus zuverlässiger Quelle, daß ein Punkt der Tagesordnung der Friedenskonferenz die Erwägung der Position des Kaisers, des Kronprinzen und anderer Persönlichkeiten bilden werde mit der Absicht, sie wegen ihrer während des Krieges gegen das Völkerrecht begangenen Vergehen gerichtlich zur Verantwortung zu ziehen.

**London, 28. Nov. (W. B.)** Reuter-Meldung. Die „Morning Post“ ist der Ansicht, daß es ein Fehler sein würde, wenn die Alliierten das Urteil über den Kaiser fällen wollten, da es die Sühne der Schuld in ein Martyrium verwandeln würde. Die Alliierten können nur einen Weg einschlagen, nämlich, darauf zu bestehen, daß der frühere deutsche Kaiser nach Deutschland zurückgeschickt wird, damit das deutsche Volk mit ihm verfährt, wie es will. Das deutsche Volk ist die geeignete Stelle, ein Urteil zu fällen, und die Art, in der es sich dieser Pflicht ent-



ledigt, wird eine eindeutige Probe der Aufrichtigkeit seiner Neue über das Preußentum sein. Wenn es den Kaiser wieder freundlich aufnimmt, werden wir wissen, daß die Befindungen einer Gesinnungsänderung in Deutschland nur Schein sind. Wenn es aufrichtig mit dem Flüchtling verfährt, wird es zum ersten Mal möglich sein zu glauben, daß das preussische Joch wirklich abgeschüttelt ist.

### Schwere Nahrungsjorgen.

B. Auf der Reichskonferenz hat der Leiter des Kriegsernährungsamtes, Emanuel Wurm auf die außerordentlich ernste Lage der Versorgung Deutschlands hingewiesen. Es sei bemerkt, daß Wurm schon vor seiner Berufung als einer der besten Kenner des Versorgungsproblems galt. Wir hätten auch ohne den Zusammenbruch der Front, ohne den Ausbruch der Revolution vor einer Miserable gestanden und nur vorläufigste Verteilung der vorhandenen und tatsächlich greifbaren Nahrungsmittel hätte uns in das neue Erntejahr hinüberführen können. Das erwies sich indessen als unmöglich, seitdem wir durch den Waffenstillstand gezwungen wurden, unsere Truppen aus Ost und West in die Heimat zurückzuführen. Wenn uns aus Paris und London entgegengehalten wird, die Ernährungslage Deutschlands könne nicht so schlimm sein, weil die deutschen Zeitungen noch kurz vor Ausbruch der Revolution auf die gesicherte Ernährungslage hingewiesen hätten, so wird dabei übersehen, daß wir die Zuschußgebiete im besetzten Osten und Westen verlieren. Weiter kommt hinzu, daß durch die Ausschaltung der Kriegsgesangenen die Knollenfruchtenernte nicht überall durchgeführt werden konnte, so daß wir hier mit einem Ausfall von etwa 10 Millionen Tonnen Kartoffeln zu rechnen haben. Die Gefahren, die sich aus dem Lösungsabsichten der Ostprovinzen ergeben, sind dabei noch garnicht in Anrechnung gestellt.

Eine andere Quelle des Unheils hat der Leiter des Demobilisationsamtes Koeth aufgedeckt. Wenn jemals, so ist gerade jetzt die stärkste Zentralisierung des gesamten Ernährungswesens notwendig. Provinzale oder gar nur örtliche Instanzen dürfen nicht hineinregieren, nicht die Verkehrsmittel beschlagnahmen oder gar Ausfuhrverbote erlassen. Noch schlimmer ist, daß das Streikfieber nicht nur die planmäßige Versorgung, sondern auch das ganze Wirtschaftsleben zu zerpiengen droht. Wir leben tatsächlich von der Hand in den Mund, und die Arbeit, die jetzt allgemein geleistet wird oder geleistet werden sollte, dient dem unmittelbaren Unterhalt der Bevölkerung. Der Leiter des Kriegsernährungsamtes, Wurm hat beispielsweise darauf aufmerksam gemacht, wie sehr Verkehrsmittel und Arbeitermangel die Zuckerindustrie lahmlegen. Arbeit ist gewiß überall im Lande vorhanden. Woran es fehlt das ist die planmäßige Verteilung der Arbeitskräfte. Ob hier auf die Dauer mit Aufrufen und Ermahnungen zu helfen ist, wird sich zeigen. Die Gefahr ist viel größer als wir alle glauben, weil zurzeit noch Nahrungsmittel verfügbar sind. Allein wir leben vielfach schon von den Vorräten die eigentlich erst im Frühjahr in Angriff genommen werden sollten. Dazu gesellen sich die Millionen von der Front die ernährt werden müssen, was nur geht, wenn bei peinlichster Aufrechterhaltung der inneren Ordnung alle Bestände an Nahrungsmitteln herangezogen werden. Dann aber stehen wir in absehbarer Zeit vor leeren Magazinen.

Nur eine Hilfe ist möglich: die sofortige Aufhebung der Blockade und die Einfuhr von Lebensmitteln. Wurm hat mitgeteilt, daß wir allein monatlich 420 000 Tonnen Getreide, 180 000 Tonnen Fleisch, 85 000 Tonnen Fett gebrauchen, um die dringendsten Bedürfnisse zu befriedigen. Diese Zahlen zeigen, daß unsere ganze Versorgung heute schon vom Auslande abhängig ist. Wenn es der neuen Regierung nicht gelingt, unverzüglich Lebensmittel herbeizubekommen, um die unheimlich zusammenschmelzenden Vorräte aufzufüllen, so sehen wir unmittelbar eine Katastrophe entgegen, deren Furchtbarkeit angesichts unserer Bevölkerungsbedichte nicht auszudenken ist. Allerdings soll Hoher der Nahrungsmittelkontrolleure der Vereinigten Staaten in Paris eingetroffen sein. Es wird uns nichts übrig bleiben, als durch neutrale Vermittlung, die ungehinderte Zufuhr durchzusetzen.

### Der Rückmarsch der Fronttruppen.

Düsseldorf, 28. Nov. (W. B.) Fast ununterbrochen stutet seit einigen Tagen der Strom der aus dem Felde heimkehrenden Truppen der vierten Armee über die Rheinbrücke. Bis in die Nacht hinein rückten gestern mehrere geschlossene Divisionen mit klingendem Spiel an. Truppen aller Waffengattungen neben Geschützwagen, Kolonnen aller Art, durchweg mit Blumen und Fähnchen geschmückt, und von der sie freudig begrüßenden Menge mit Liebesgaben versehen, ziehen auf ihrem Marsche, zumeist durch die innere Stadt weiter nach Osten. Der Durchzug vollzieht sich nach wie vor in vollkommener Ordnung; der Straßenverkehr ist infolge des anhaltenden Durchzuges von Truppen zeitweilig stark behindert, auf der Rheinbrücke vorläufig eingestellt.

#### Ein Zusammenstoß in Düsseldorf.

Düsseldorf, 28. Nov. (W. B.) Wie die „Düsseldorfer Zeitung“ meldet, kam es gestern zu einem Zusammenstoß zwischen Angehörigen des einrückenden Reserve-Infanterie-Regiments Nr. 39 und den Vertretern von Fluggewerken des Arbeiter- und Soldatenrates, wobei ein Mann schwer verletzt wurde. Auf dem Kasernenhofe erfolgte ein zweiter Zusammenstoß, als ein Offizier forderte, daß einige Mitglieder des Freiwilligen Regiments die Waffen niederlegen sollte. Auf dem Kasernenhofe erfolgte ein zweiter Zusammenstoß. Zwei Vertreter des Arbeiter- und Soldatenrates verhandelten später mit dem Divisionskommandeur, welcher erklärte, daß der Zusammenstoß ohne seine Einwilligung erfolgt sei. Vor dem Rathaus wurden im Laufe des Nachmittags starke Sicherheitsposten zusammengezogen. Plötzlich fiel ein Schuß. Nun begannen die Posten des Freiwilligen Regiments vor dem Rathaus zu feuern. Es wurden Maschinengewehre im und am Rathaus aufgestellt. Die Schüsse wurden jedenfalls alle in die Luft abgegeben, denn es wurde niemand verletzt. Als das Schießen begann, tagte gerade die städtische Finanz-

kommission, deren Beratungen auch der Oberbürgermeister bewohnte. Er verließ sofort die Sitzung und fuhr mit zwei Vertretern des Arbeiter- und Soldatenrates zum Kommandeur der 39er, mit dem Verhandlungen aufgenommen wurden. Ueber den Verlauf der Verhandlungen sind Einzelheiten noch nicht bekannt.

### Die entlassenen jugendlichen Arbeiterinnen und Angestellten.

Eine der schwersten Sorgen der Uebergangszeit ist die Lage der jugendlichen Arbeiterinnen, die jetzt durch die heimkehrenden Soldaten aus ihren Stellungen verdrängt oder durch das Aufhören der Kriegsindustrie überflüssig werden.

Was soll mit ihnen geschehen?

Viele von ihnen werden wieder Arbeit finden, wenn die Friedenswirtschaft im Gange ist, wenn unsere Fabriken in den Friedensbedarf umgestellt sind und Rohstoffe haben. Viele junge Munitionsarbeiterinnen werden wieder zur Spinnerei und Weberei zurückkehren und später auch zur Tabak- oder Schokoladenfabrik. Manche werden noch beschäftigt werden können mit dem, was man „Sachdemobilisierung“ nennt, der Entleerung von Granaten, Zerlegung des Kriegsmaterials zur Neuverwendung für andere Zwecke.

Aber ein großer Teil wird die Arbeit verlieren.

Eine Erwerbslosenunterstützung wird für sie eintreten. Aber damit ist nur vorläufig und äußerlich für sie gesorgt. Denn die Frage ist: wo bleiben sie dauernd? Und die Frage ist: wie kann die Zeit, die sie jetzt zur Verfügung haben, nützlich und verwertet werden?

Für viele entsteht jetzt erst die Frage der Berufsausbildung. Die Beratungsstellen für Jugendliche (Berufsberatungsstellen, Lehrstellenvermittlung) werden die Aufgabe haben, den jungen Mädchen und ihren Eltern dabei behilflich zu sein. Man sollte diese Beratungsstellen mit der Durchführung der Erwerbslosenfürsorge für die Jugendlichen betrauen oder doch so daran beteiligen, daß sie jedes arbeitslose junge Mädchen mit ihrer Hilfe erreichen können.

Ausbildungsgelegenheiten sollten von Städten und Vereinen so viele wie möglich und notwendig geschaffen werden. Dabei muß allerdings beachtet werden, daß kein übermäßiger Zudrang zu bestimmten Berufen künstlich geschaffen wird. Sicher ist z. B. der kaufmännische Beruf nicht imstande, jedes junge Mädchen, das während des Krieges in einem Bureau handschriftliche Schreibhilfe oder ähnliche Hilfsarbeiten geleistet hat, nun für die Dauer aufzunehmen. Man muß sich klar machen, welche Berufe und in welchem Grade sie weiblicher Kräfte bedürfen. Darum müssen zur Beratung der Jugendlichen, Schaffung und Ausbau von Berufsausbildungsstätten hauptsächlich die Berufsorganisationen herangezogen werden, die den Ueberblick über ihr Berufsgebiet haben.

Doch werden auch diese beruflichen Ausbildungsstätten nicht in der Lage sein, alle in Frage kommenden Jugendlichen aufzunehmen. Für viele wird eine Zeit der Beschäftigungslosigkeit entstehen; diese durch hauswirtschaftliche Unterweisung auszufüllen wird eine Hauptaufgabe der Jugendpflege sein müssen. Haus- und landwirtschaftliche Ausbildungsstätten für Volksschülerinnen müssen instand gesetzt werden, möglichst viele Mädchen wieder den häuslichen Berufen zuzuführen. Die in Nordfriesland erprobten Volkshochschulen haben bereits zu ähnlichen Reorganisationen angeregt. Daneben aber gilt es für alle Vereine getragene Fortbildungskurse, unter Umständen Halbtags- oder Ganztagsheime einzurichten. So schwierig auch die Einrichtung von Koch- und Nähläusen sein mag, so müssen sie doch durch Zuweisungen von Material ermöglicht werden. Wo Gelegenheit gegeben ist, die jungen Mädchen in der Säuglingspflege theoretisch und praktisch zu unterweisen, muß sie ausgenutzt werden. Ueberall stellen sich die Kreisjugendpflegerinnen gerne in den Dienst der Jugendpflege. Belehrungen in häuslicher Buchführung und Nahrungsmittelkunde sind wertvoll. Um den Besuch der Fortbildungskurse regelmäßig zu gestalten, wird man von ihm zweckmäßig die Zahlung der Arbeitslosenunterstützung abhängig machen; man hat damit in der ersten Kriegszeit z. B. in München gute Erfahrungen gemacht. Ueberhaupt wird ein möglichst enges Zusammenarbeiten aller Berufs- und Jugendpflegeorganisationen mit den Fürsorgeeinrichtungen dazu helfen, möglichst alle Jugendlichen zu erfassen und sie vor den Gefahren der Arbeitslosigkeit zu bewahren. Sind alle Kräfte der Hilfe auf dem Plan, so kann auch diese Zeit der deutschen Frauenwelt zum Nutzen werden.

### Letzte Meldungen.

#### Die ehemalige deutsche Kaiserin in Holland.

Amsterdam, 28. Nov. (W. B.) Die frühere deutsche Kaiserin ist morgens in Maarsbergen bei Utrecht angekommen. Sie wurde am Bahnhofe vom Graf Bentinck empfangen und fuhr im Automobil nach Schloß Amstangen.

#### Vorbereitung zur Friedenskonferenz.

London, 27. Nov. (W. B.) Reuter. Die Friedenskonferenz kann früher zusammentreten als angenommen wurde, da viele Vorbereitungen beendet sind. Die englischen Friedensdelegierten und ihre Stäbe werden zwischen 400 und 500 Mann stark sein. Unterkünfte für sie werden binnen vierzehn Tagen vorbereitet sein. Gelegentlich des Besuchs Clemenceaus in London wird er sich mit Lloyd George über den Termin des Zusammentritts der Friedenskonferenz besprechen.

### Lokale Nachrichten.

Bad Homburg v. d. H., 29. Nov. 1918.

\* **Kreisausschuß.** (Verspätet eingegangen.) Am Freitag, den 29. November, nachmittags 2 Uhr, findet im Kreishaufe eine Sitzung mit folgender Tagesordnung statt:

1. Wirtschaftliche Demobilisierung

a. allgemeiner ortsüblicher Tagelohn,  
b. § 9. Erwerbslosenfürsorge — Ortslohn und Erhöhung pro Kopf.

1. Notstandsarbeiten.
2. Anordnung über den Wert der Fleischmarken.
3. Kommission für Arbeitsbeschäftigung.
4. Notgeld des Bezirksverbandes.
5. Antrag der Frankfurter Lokalbahn u. G. wegen Erhöhung des Strompreises.
6. Nassauischer Heimatdank, Weihnachtsspende für Heer und Flotte.
7. Beteiligung des Kreises an der Deutschen Kraftwagen-Gesellschaft.
8. Gehaltsregelung der Bürgermeister der Landgemeinden.
9. Ausscheiden des Geschäftsführers des Kreis-Lebensmittelamts Abteilung A.
10. Milchrevision.
11. Einstellung von Hilfskräften (Nächter, Kullmann).
12. Teuerungszulagen.
13. Organisation der ärztlichen Prüfungsstelle.
14. Familienunterstützungen.

Angelegenheiten der landw. Unfallversicherung.

1. Unfallkasse Johann Viefen, Fischbach.
2. Unfallkasse Jos. Stamm, Kalbach.

(Nachtrag im Bedarfsfalle in der Sitzung vorbehalten.)

\* **Städtische Lebensmittelversorgung.** Nach der Bekanntmachung des Magistrats gelangen zur Ausgabe: Frisches Fleisch und Wurst 150 Gramm, ferner 50 g Margarine, Knorr's Suppenmehl und Kaffee-Ersatz und 28 Pfund (Schwarzarbeiter 40 Pfund) Kartoffeln für vier Wochen.

\* **Keine öffentliche Sitzung.** Man schreibt uns: Heute Abend 8½ Uhr stattfindende Sitzung des Magistrats, Bürgerausschusses, Arbeiter- und Soldatenrates und der Stadtverordnetenversammlung ist keine öffentliche Sitzung, sondern eine Besprechung in engeren Kreise.

\* **Einquartierung.** Wie uns mitgeteilt wird, ist folgende Einquartierung heute und in den nächsten Tagen zu erwarten: 1 Offizier, 60 Mann und 40 Pferde. Für den 30. ds. Mts.: 1 Offizier, 35 Mann und 23 Pferde und am 1. Dezember 50 Offiziere, 400 Mann und 250 Pferde. Die Kürze der Zeit hat nur eine vorläufige Bekanntmachung auf diesem Wege zugelassen und werden besonders die Stallbesitzer gebeten, ihre Stallungen bereitzustellen.

1. **Beratungs- und Sprechstunden für bedürftige weibliche Personen.** Die rat- und fürsorgebedürftigen weiblichen Personen des Obertaunuskreises erhalten jeden Dienstag-Vormittag von 9—12 Uhr im Geschäftszimmer des Kreiswohlfahrtsamtes, Zimmer Nr. 13, des Kreishauses unentgeltlich Rat und Auskunft. Kriegsbeschädigte ebendort jeden Mittwoch-Vormittag Rat und Fürsorge.

1. **Anzüge für entlassene Kriegsteilnehmer.** In Kreise der entlassenen Soldaten herrscht, wie uns mitgeteilt wird, das Mißverständnis, als ob sie von der Kreisbeileidungsstelle die Hergabe eines Zivilanzuges zu beanspruchen hätten. Den Entlassungsantrag, der nach der Bekanntmachung des Kriegsministeriums vom 15. November 1918 jedem ordnungsmäßig entlassenen Soldaten ausgereicht werden soll, hat nicht die Kreisbeileidungsstelle, sondern das Militär (Ersatztruppenteil) bereit zu stellen.

\* **Kurhaustheater.** Wenn wir von allen, durch Krieger und Enttäuschung diffidierten Auslassungen des Publikums hier Notiz nehmen wollten, mit welchen der „Leibgardist“ gestern im Theater entlassen wurde, wir könnten eine ganze Spalte füllen. Da sie so laut und deutlich gegeben wurden, daß sie auch das Ohr der Kurverwaltung erreicht haben dürften, beschränken wir uns darauf nur unsere Meinung zu sagen. Vor allem begreifen wir nicht, wie lausnhafte Kräfte, die uns Mainz herübergeschickt hat mit einer so arm und anspruchslosen Komödie Gastreisen unternehmen können. Anspruchsvoll im Titel, im Dialog, arm an Geist, arm in der Erfindung. Noch weniger aber begreifen wir, daß die Stelle, welche über die Wahl der Stücke zu befinden hat, die Komödie so unbedacht hat durchgehen lassen können. Denn daß damit auch die berufenste Schauspielkunst nichts anfangen kann, das hätte die Theaterleitung (und gerade sie) schon bei ganz flüchtigem Durchsicht erkennen müssen. Kein Wunder, daß in den Logen und Rängen bis hinauf auf die Galerie Verdrossenheit herrschte. Man fing an zu rechnen, verglich die Darbietungen mit den Eintritts- und erhöhten Abonnementpreisen, zählte die bisherigen „Kunstgenüsse“ auf (abzüglich der gestrichenen Zwischenaktmusik) und brachte alles auf die kurze Formel: Erhöhte Leistungen auf der einen, verminderte Gegenleistung auf der anderen Seite. Daß die Kurverwaltung das Theaterpublikum befriedigen will, steht außer Frage. Wie sie es befriedigen kann, darüber dürfte nach dem „Leibgardisten“ kein Wort weiter zu verlieren sein. Sie wird auch, das hoffen wir, nach allem, was sie, wie schon angedeutet, nach der dritten Vorstellung im Abonnement B gehört hat, es nicht zu unserem Nachteil auslegen, wenn wir diesmal unsere Pflicht, die Öffentlichkeit über die Vorgänge im Kurhaustheater zu unterrichten, etwas ernster genommen haben und deshalb deutlicher werden mußten.

### Aus Nah und Fern.

† **Soden a. L., 27. Nov.** Der A.-u.-S.-Rat hat an den Rat der Volksbeauftragten in Berlin eine Drachung gesandt, in der er unter Hinweis auf den Ort als Heilbad für kranke Soldaten bittet, beim feindlichen Oberkommando dahin zu wirken, daß von einer feindlichen Besetzung Abstand genommen wird. Dem Vernehmen nach soll Soden, das 2600 Einwohner Einwohner zählt, mit 200 Mann besetzt werden.

† **Hochheim a. M., 27. Nov.** Hier stürzte ein 10jähriges Mädchen von einem durchfahrenden Militärauto und wurde auf der Stelle getötet.

† **Egn., 27. Nov.** Im hiesigen Schloßhofe brachten Kinder ein Benzinfäß, das von einem Kraftwagen dort abgeladen war, zur Explosion. Hierbei wurden vier Jungen auf der Stelle getötet, mehrere andere schwer verletzt.